

Katastrophenfolklore

Das Scheingefecht um die Arbeitszeit / Von Gerhard Schulze

Eine halbe Million Menschen protestierte am vergangenen Samstag auf den Straßen - war das jetzt der Aufschrei der Massen? Umgehend diagnostizierte der IG-Metall-Chef Jürgen Peters den „Beginn einer riesengroßen Bewegung“. Es wäre nicht das erste Mal, dass er sich irrt. Die Bewegung ist längst im Gang, aber in der Gegenrichtung. Wohin der Zug der Zeit geht, war zu beobachten, als die IG Metall letztes Jahr mit ihrer Forderung scheiterte, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im deutschen Osten einzuführen.

Ein besserer Zeitdiagnostiker als Jürgen Peters hätte den Erdbeben schon vorher registriert. Auf einmal konnte jeder Bild-Zeitungsleser den Einbruch neuen Denkens in die Idylle sozialdemokratischer Traditionspflege erkennen. Auch die Regierung Kohl hatte in dieser Idylle Reklametafeln mit der Verheißung blühender Landschaften aufgestellt. Sie hat ebenso wie die IG Metall dazu beigetragen, dass Wunschdenken und Vereinfachung mehr und mehr Menschen auf die Nerven gehen. Eine halbe Million Demonstranten: das war ein Beweis für Organisationsfähigkeit, nicht für die Stimmung im Land.

Jahrzehntelang war Arbeitszeitverkürzung sozialpolitische Routine, nun aber bekommen Staatsbedienstete in Bayern mehr Wochenstunden, aber nicht mehr Geld in den Arbeitsvertrag geschrieben. Betriebsvereinbarungen, in denen sich die Arbeitnehmer bereit erklären, unentgeltlich mehr zu arbeiten, sind an der Tagesordnung. Schon hat sich das Normalitätsempfinden verändert, und schon fordern Politiker und Unternehmer, solche Betriebsvereinbarungen zum Modell für die gesamte Volkswirtschaft zu erheben. Der Bundeskanzler sah sich genötigt, einem Ansinnen zu widersprechen, das noch vor wenigen Jahren als schiere Obszönität kaum einer Stellungnahme bedürft hätte: der flächendeckenden Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche.

Ist das der Endsieg des Turbokapitalismus, des neoliberalen Raubtiers, des alles verschlingenden Empire? Dass solche Dämonisierungen keinen öffentlichen Widerhall mehr finden, ist für ihre Verkünder nichts weniger als der schlagende Beweis für die Richtigkeit ihrer Diagnose. Verstockt, verdimmt und verballhornt, sind die Massen angeblich zu nichts anderem mehr fähig als sich Betäubungen in Serie zu verschaffen. Selbst schuld, wenn sie sich von kritischen Zeitgenossen die Augen nicht öffnen lassen.

Kennzeichnend für die gegenwärtige Stimmungslage in Deutschland ist jedoch nicht Betäubung, sondern Ernüchterung. Noch ist die Trillerpfeifenkolonne im Gefolge des Sarges mit der Aufschrift „Hart erkämpfte Arbeitnehmerrechte“ im Dienst, aber sie trifft nicht mehr den Nerv der Zeit. Was ist passiert? Die meisten sind der Ansicht, dass es so hat kommen müssen: Es kann nicht mehr weitergehen wie bisher; die soziale Blase ist geplatzt. Die Reformdebatte ist ein Streit um Details, doch die Notwendigkeit eines radikalen Kurswechsels bezweifelt kaum jemand. Eher mürrisch als wütend, eher nachdenklich als gefühlsbewegt nehmen die Menschen die schlechten Nachrichten zur Kenntnis: mehr Arbeit ohne Lohnausgleich; mehr Arbeitslose; weniger Sozialleistungen; Niedergang der Kommunalfinanzen.

Inzwischen redet man schon von einem Paradigmenwechsel, wenn ein Fußballtrainer gefeuert wird. Es ist mehr als dreißig Jahre her, dass Thomas Kuhn diesen Ausdruck eingeführt hat, um abrupte Brüche in der Wissenschaftsgeschichte zu beschreiben: altgewohnte, bestens etablierte Deutungsschemata werden plötzlich durch neue zu Fall gebracht. Genau dies, ein Paradigmenwechsel, zeigt sich in dem prüfenden, fast schon emotionslosen Diskurs über die Verlängerung der Arbeitszeit.

Fast wie im Land der Träume

Gewiss, die Gewerkschaften wären keine Gewerkschaften, würden sie eine Lohnkürzung - worauf die Erhöhung der Arbeitszeit ja hinausläuft - klaglos hinnehmen. Und die Wirtschaft muss an den Profit denken, darum befürwortet sie, was die Gewerkschaften ablehnen. Auf den ersten Blick scheint jede Seite nur zu sagen, was sie immer schon gesagt hat.

Aber ist das wirklich noch die alte Leier? Hört man genauer hin, fallen einem ungewohnte Untertöne auf. Jenseits des Interessenkonflikts zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern tauchen auf einmal Gemeinsamkeiten auf. Der latente Konsens bleibt den Beteiligten jedoch verborgen, weil er abstrakten Charakter hat. Und weil es

sich um einen stillen Konsens handelt, entfällt auch die bei lautstarken Kontroversen übliche Klärung durch eine polarisierende Diskussion. Umso leichter kann das neue Paradigma Fuß fassen.

Neu ist vor allem, dass es mehr und mehr darum geht, bedrohte Kollektivgüter zu retten. Der alte Interessengegensatz kommt nur noch in der Frage zum Ausdruck, dass die Ansichten darüber auseinandergehen, wie man diese Güter erhalten kann. Aber alle wollen dasselbe erreichen. Mehr Arbeit mit oder ohne Lohnausgleich: im früheren Paradigma war dies ein Zielkonflikt; im neuen Paradigma dagegen wird daraus ein Konflikt auf der untergeordneten Ebene der Mittel. Was die Ziele betrifft, sind sich Sommer und Rogowski ebenso einig wie Schröder und Stoiber.

Das erste dieser Ziele ist Arbeit für alle, die arbeiten wollen. So sind die einen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, weil sie glauben, das würde Jobs kosten; die anderen sind dafür, weil sie sich davon mehr Jobs versprechen. Es gibt gute Gründe für beide Positionen, und deshalb könnte sich letztlich eine differenzierte Regelung durchsetzen. Eine derart rationale Entwicklung gehört normalerweise ins Land der Träume. Hier aber scheint Rationalität möglich, weil der Dissens nur auf der Ebene der Mittel besteht, während Arbeit als Ziel unstrittig ist. Mehr und mehr wird Arbeit als knappes Kollektivgut gesehen. Ihr Wert ergibt sich aus ihrer Bedeutung für andere Kollektivgüter: Wachstum, sozialer Friede und Sicherung der Sozialsysteme.

In der Art und Weise, wie Arbeit als Ziel geltend gemacht wird, verbirgt sich ein zweiter übergeordneter Konsens: ökonomischer Lokalpatriotismus. Am klarsten kommt dieses Motiv in der laufenden Debatte über die Abwanderung von Arbeit ins Ausland zum Vorschein. Globalisierung weckt das Regionalbewusstsein, das sich zwar an den kulturell vorgeformten Grenzen des Nationalbewusstseins ausrichtet, aber etwas ganz anderes ist: eine Art modernes Heimatgefühl. Innerhalb der Staatsgrenzen sind die Tarifparteien Interessengegner, im Außenverhältnis stehen sie jedoch auf derselben Seite.

Die Welt wird mehr und mehr zu einem Spielfeld wirtschaftlicher Konkurrenz der Regionen. Je durchlässiger die Grenzen werden, desto stärker wird das Motiv, sich auf diese Grenzen zurückzubedenken. Gerade erst war zu beobachten, wie die unverhohlene Aufforderung wirkt, Arbeit zu exportieren. Die Reaktionen legten ein Wir-Bewusstsein offen, das im selben Maß zu wachsen scheint, wie das verschwunden geglaubte „Wir“ zum ökonomischen Problemfall wird, täglich neu narzisstisch gekränkt durch hintere Plätze in Statistiken und Positionsverluste in Zeitreihen. In überraschender Entschiedenheit geht es primär um Deutschland.

Lächerlicher Optimismus?

Ein dritter Zielkonsens scheint dem ersten zu widersprechen: Erwerbsarbeit ist nicht alles. Aus Meinungsumfragen ist bekannt, dass viele eigentlich lieber weniger arbeiten würden, obwohl sie einer Erhöhung der Arbeitszeit zustimmen, wenn es denn sein muss. Die meisten wollen zwar arbeiten, aber sie haben auch noch andere Interessen und sehen andere Aufgaben als gleichermaßen wichtig an. Das Leben jenseits der Arbeit hat sich in der Einschätzung der meisten Menschen vom bloßen Privatvergnügen zum Kollektivgut gemausert. Denen, die Arbeit haben, gilt es als ebenso knapp und wertvoll wie die Arbeit selbst. Und es hat eine riesige ökonomische Bedeutung: Wenn beispielsweise niemand Kinder groß zieht, kann man die Wirtschaft vergessen.

Das Leben jenseits der Erwerbsarbeit erschöpft sich freilich nicht in Familienarbeit. Es schließt ein, was Ulrich Beck „Bürgerarbeit“ genannt hat: ehrenamtliche, gemeinnützige Arbeit, die vielen Menschen wichtig ist, allem Gerede von der Spaßgesellschaft zum Trotz. Wenn von mehr Erwerbsarbeit die Rede ist, muss auch davon die Rede sein, welche Kosten dies bei anderen Arten der Arbeit verursacht - Kosten, die mit ungeheurer Wucht auf die Gesellschaft zurückschlagen: Für sonst ehrenamtlich ausgeführte Tätigkeiten muss man nun zahlen. Wenn das Geld fehlt, verodet alles.

Seit Roman Herzogs Ruck-Rede beklagen viele Zeitbeobachter, dass sich partout keine Aufbruchstimmung einstellen will. Aber Jammern und nationale Selbstbezeichnung sind spezifisch deutsche Reflexionsformen, die nicht mit Lähmung zu verwechseln sind. Desillusionierung ist die wichtigste kulturelle Errungenschaft der letzten Jahre. Deutsche bewundern den Optimismus der Amerikaner oder die Lebensfreude der Brasilianer, aber sie selbst ticken anders. Blues und Samba wurden anderswo erfunden, und Deutschland ist führend in der E-Musik.

Aktuelle ökonomische Diagnosen der Bundesrepublik Deutschland wie „Die deformierte Gesellschaft“ von Meinhard Miegel, „Ist Deutschland noch zu retten?“ von Hans-Werner Sinn oder „Deutschland - Der Absturz

eines Superstars" von Gabor Steingart kombinieren einen dramatischen Titel mit einem ernüchternden Inhalt. Eine gewisse Katastrophenfolklore gehört zu den kulturtypischen Besonderheiten des gegenwärtigen Umschwungs im Denken. Das Ende von Verdrängung und Schönfärberei geht einher mit neuer Komplexität - nicht der sozialen Wirklichkeit, denn die war immer schon komplex, sondern ihrer Wahrnehmung.

Allmählich bildet sich ein Bewusstsein für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhänge heraus. Allmählich verlagert sich der Focus von Gruppeninteressen zu Kollektivgütern. Allmählich gibt der deutsche Pessimismus Anlass zu Optimismus. Die Diskussion über die Verlängerung der Arbeitszeit scheint nur ein weiterer Anlass zur Frustration zu sein, doch in Wahrheit ist sie ermutigend, weil sich in ihren latenten Mustern die langsame Verbesserung der Formen kultureller Selbstbeobachtung zeigt. Lächerlicher Optimismus? Nein: Fortschritte im Denken und Handeln sind möglich. Absolute Skepsis hingegen ist selbstwidersprüchlich. Wer nicht an die Möglichkeit des Fortschritts glaubt, muss konsequenterweise den Mund halten, denn er kann ja nichts Gutes bewirken.

Der Autor lehrt Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Bamberg. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Die beste aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert" (Hanser Verlag).

Quelle: Süddeutsche
Nr.80, Montag, den 05. April 2004 , Seite 13

Zeitung

Fenster schließen ✕